

Wochenblatt

für

Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Amtsblatt

der Königlichen Gerichtsbehörden und der städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück.

Zweihundzwanzigster Jahrgang.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs und Sonnabends und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Abonnementspreis: Vierteljährlich 10 Ngr. Inserate, welche in Königsbrück bei Herrn Kaufmann Moritz Eschersich angenommen werden, sind in Pulsnitz bis Montags und Donnerstags Abend einzusenden. Inserate werden nur bis Dienstags und Freitags früh 8 Uhr in Pulsnitz angenommen und mit 8 Pf. für die gespaltene Corpus-Zeile berechnet.

No. 9.

Sonnabend, den 29. Januar

1870.

Es wäre kein Wunder, wenn ängstliche Gemüther sich zu der Befürchtung hinreißen ließen, es müsse in Paris heute eher, als morgen, eine neue furchtbare Revolution ausbrechen. Und allerdings wird dort auf den Straßen, in Volksversammlungen, in den Zeitungen, selbst auf der Rednerbühne im gesetzgebenden Körper von den Männern der äußersten Linken eine Sprache geführt, die derjenigen gleicht, welche in den blutdürstigsten Zeiten der ersten französischen Revolution gäng und gebe war. Rochefort und seine Anhänger verhandeln in ihren Zeitungen über die Frage, ob und wann losgeschlagen und die Familie Bonaparte verjagt werden solle, so unumwunden und frei, als ob es sich um das Arrangement eines Balles oder eines Concertes handle. Nun kann aber doch wohl keine Regierung irgend eines Staates in der Welt es dulden, daß fort und fort zum gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung aufgefordert wird, und so hat denn auch das Ministerium Ollivier vom gesetzgebenden Körper mit der ungeheuern Mehrheit von 222 Stimmen gegen 34 die Genehmigung erlangt, Rochefort, den Abgeordneten des ersten Bezirks von Paris, gerichtlich zu verfolgen. Außer ihm sind noch zwei seiner Gesinnungsgenossen, Dereure und Groussiet, angeklagt. Alle drei sind vor die sechste Kammer des Zuchtpolizeigerichts von Paris geladen. Es hieß, die Regierung beabsichtige, die Pressvergehen wieder vor die Schwurgerichte zu verweisen, hat also mit dem Proceß Rochefort nicht so lange gewartet, bis dies geschehen. Die Angeklagten wußten, daß sie im voraussetzlichen Falle ihrer Verurtheilung sich auf keine geringe Strafe gefaßt zu halten hatten. Das Gesetz bestimmt für die Beschimpfung des Kaisers 6 Monate bis 5 Jahre und für die Aufreizung zum Aufruhr 3 Monate bis 5 Jahre Gefängniß und außerdem noch 500—10,000 Franken Geldstrafe. Schließlich liegt es auch noch in der Hand des Gerichtshofes, derartigen Angeklagten die bürgerlichen Rechte zu entziehen. Das Urtheil hat nicht lange auf sich warten lassen, denn am vorigen Sonnabend, den 22. Jan., ist Rochefort mit den Mitangeklagten bereits verurtheilt worden. Die Strafe ist gelinde genug ausgefallen. Schwieriger, als dieser Handel, gestaltet sich für das neue Ministerium die Menge volkswirtschaftlicher Fragen, welche in dem gesetzgebenden Körper angeregt wurden und verhandelt werden müssen, und über welche Freihändler und Schutzöllner hart an einander gerathen, dadurch aber das Ministerium in eine um so üblere Lage bringen werden, als Ollivier sogar Schutzöllner mit in das Ministerium nehmen und diesen Zugeständnisse machen mußte, um den Handelsvertrag mit England zu sichern. Nun sind die Schutzöllner mit diesem Handelsvertrage unzufrieden, weil sie überhaupt von Freihandel nichts wissen wollen, die Freihändler aber eben so sehr, weil es gar kein echter Freihandelsvertrag sei. Beide Theile geben ihm Schuld, es sei vor Abschluß desselben keine gründliche Untersuchung angestellt, sondern das ganze Werk nach persönlichem Ermessen fertig gemacht worden. Der Vertrag muß übrigens, wenn er aufgehoben werden sollte, 12 Monate vorher gekündigt werden. Es versteht sich, daß die außerordentlich bedeutende Acker- und Weinbaureibende Bevölkerung in Frankreich für Freihandel, die Baumwollwaaren- und Eisenfabrikanten für Schutzöllne sind. Wie das Volk im Lande, so die betreffenden Abgeordneten. Das Ministerium wird daher die schwere Aufgabe haben, diese Gegensätze auszugleichen; um so mehr, als die ausgedehnten Weinbaubezirke und die Seeplätze seit 1860 nur sehr günstige Wirkungen von dem Handelsvertrage mit England für sich verspürt haben; einzelne Fabrikzweige aber allerdings leiden.

Die Arbeiten der allgemeinen Kirchenversammlung in Rom gehen nur langsam vor sich. Die deutschen Bischöfe haben gegen die Geschäftsordnung protestirt, verlangen auch, daß bei den Abstimmungen die Zahl der kirchlichen Pflegebefohlenen in Anschlag gebracht werde, welche von den einzelnen abstimmenden Bischöfen vertreten werden. Und allerdings

erscheint es doch als ein mächtiger Unterschied, ob ein Bischof seine Stimme abgibt, der nur wenige hundert Seelen, oder einer, der viele Hunderttausende vertritt. Die 700,000 Katholiken des Kirchenstaatsrestes sind durch 62 Bischöfe vertreten, die in allen Deputationen (oder Commissionen) zu finden sind, während der in keine einzige Deputation gewählte Bischof von Breslau eine Million und siebenhunderttausend kirchliche Pflegebefohlene, der Bischof von Köln fast 1,500,000, der von Cambrai in Frankreich 1,250,000, der von Paris 2,000,000 unter sich hat. Aus Neapel und Sicilien sind 68 Bischöfe vorhanden. Ist es da den deutschen Bischöfen zu verargen, wenn sie eine Berücksichtigung dieser Thatsache verlangen, im entgegengesetzten Falle aber wirklich abzureisen entschlossen wären? Das allgemeine Concil wäre dann freilich kein allgemeines mehr. Dem Unfehlbarkeits-Glaubensartikel, welchen die Jesuiten in die katholische Lehre bringen wollen, hat der berühmte Prof. Döllinger in München einen schweren Schlag beigebracht. Und wohl der katholischen Christenheit, wenn es nicht zur Unfehlbarkeitserklärung kommt. Mit Recht sagt eine Zeitung: Vergötterungen sind in Rom nichts Neues; aber bei den altrömischen Kaisern wartete man wenigstens, bis sie todt waren, ehe sie unter die Götter versetzt wurden.

Zeitereignisse.

Pulsnitz, 28. Januar. In der am 26. Januar b. J. abgehaltenen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins, welche wiederum sehr zahlreich besucht war, wurden zunächst die in voriger Sitzung beschlossenen, inzwischen vom Vorstände abgelassenen beiden Petitionen um Beibehaltung der Jahrmärkte und um Herstellung einer fiscalischen Straßenverbindung zwischen Pulsnitz und Bischofswerda vorgelesen. Den größten Theil dieses Vereinsabends füllten die Vorarbeiten und Beratungen zu Begründung einer hiesigen Fortbildungsschule aus. Letztere gründeten sich auf einen vom Vorstände vorgelegten Entwurf der Grundzüge zur Errichtung eines solchen Institutes. Die ebenso eifrige als vielseitige Betheiligung an der Debatte bekundete das lebhafteste und allgemeine Interesse, welches der hiesige Gewerbeverein diesem Bedürfnisse der Zeit zuwendet, und läßt die hieran geschlossene, glückliche Wahl der Mitglieder einer Prüfungs-Commission das Beste für das Gedeihen dieses Unternehmens hoffen. Eine vom Vorstände vorgelesene und ebenfalls bereits abgelassene Petition an die hohe Stände-Versammlung bezüglich des Anschlusses der in bester Aussicht stehenden südbairer Bahnlinie von Sohland über Neustadt und Stolpen nach Pirna an die Radeberg-Ramenzer Bahn erhielt vom Verein nachträgliche Genehmigung unter allgemeiner Zustimmung. — Der Fragelasten lot zum Schluß mehrfache Gelegenheit, die örtlichen Interessen in theils ernster, theils humoristischer Weise zu besprechen.

— Im berechtigten Interesse des Publikums hat das Directorium der landständischen Bank in Baugen beschlossen, den Präklusivtermin für Einlösung resp. Umtausch der Fünf-Thalernoten und der Banknoten zu zehn Thalern v. J. 1861 bis zum 30. Juni 1870 zu verlängern. Umtauscht können sie werden in Dresden bei Schie, in Leipzig bei der Creditanstalt und in Baugen bei der Cassa der Bank; an letzterer Stelle erfolgt auch die Einlösung in Silber, vor wie nach.

Dresden, 22. Jan. Die 1. Kammer ist in ihrer heutigen Sitzung nach sehr langer und heißer Debatte dem von der 2. Kammer bereits angenommenen Abrüstungsantrage entgegen den Vorschlägen der Majorität ihrer Deputation mit 24 gegen 21 Stimmen beigetreten. Die Regierungskommissare, der Kriegsminister v. Fabrici und der Minister v. Friesen sprachen sich bestimmt gegen den Maßschen Antrag aus.

— Gegen den Wiederaufbau des Hoftheaters auf der alten Stelle spricht sich auch im „Dr. Journ.“ Prof. Julius Hübner wegen der Feuer-

